

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuß**

89. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. Juni 1999, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Heinz Maurus (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Bernd Saxe

in Vertretung von Dr. Gabriele Kötschau

in Vertretung von Thorsten Geißler

### **Weitere Abgeordnete**

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
1.	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes</b>  Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1679	6
2.	<b>Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung der Hilfskasse der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages</b>  Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/2156	7
3.	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes</b>  Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1216	8
4.	<b>Verfassungsschutzbericht</b>  Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2129	10
5.	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes</b>  Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1475	11
6.	<b>Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz</b>  Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/697	12
7.	<b>Modernisierung der Wirtschaftsstatistik</b>  Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2114	13

- |        |   |    |
|--------|---|----|
| 8.     | <b>Berücksichtigung von Dienstführerscheinen als geldwerter Vorteil im Einkommensteuerrecht</b>         | 14 |
|        | Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 14/2127   |    |
|        | Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>Drucksache 14/2136                  |    |
| 9.     | <b>Schülerbeförderungskosten</b>  | 15 |
|        | Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 14/1256   |    |
| 10. a) | <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein</b>         | 16 |
|        | Gesetzentwurf der Fraktion der CDU<br>Drucksache 14/1130  |    |
|        | Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.<br>Drucksache 14/1149   |    |
|        | b) <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung</b>                                      |    |
|        | Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 14/2040   |    |
| 11.    | <b>Eingabe 1201-14-c<br/>Änderung der Landesbauordnung; Nachbarrecht</b>                                | 17 |
|        | Schreiben des Eingabenausschusses vom 25. Mai 1999<br>Umdruck 14/3435 (neu)                             |    |
| 12.    | <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)</b> | 18 |
|        | Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 14/1353   |    |
| 13.    | <b>Verschiedenes</b>  | 19 |

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuß folgende Punkte von der Tagesordnung ab:

- Bericht des Justizministeriums über den Stand und die weitere Planung der Reform der Juristenausbildung
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/1478 -
- Stand der organisatorischen und institutionellen Zusammenlegung des Datenschutz für den öffentlichen und den privaten Bereich in Schleswig-Holstein  
Bericht der Landesregierung - Drucksache 14/1933 -

Der Ausschuß erweitert die Tagesordnung um folgenden Punkt:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/1393  
(Verfahrensfragen)

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1679

hierzu: Umdrucke 14/2568, 14/2649 - 14/2651, 14/2664, 14/2839, 14/2860,  
14/2872 - 14/2874, 14/2877, 14/2878 (neu), 14/2884 -  
14/2887, 14/2891 - 14/2895, 14/2899 - 14/2906, 14/2921,  
14/2922, 14/2943, 14/3176, 14/3183, 14/3233, 14/3238,  
14/3239, 14/3256, 14/3286, 14/3304, 14/3305

(überwiesen am 7. Oktober 1998)

Der Ausschuß kommt überein, in dieser Sitzung nicht in die inhaltliche Beratung des Gesetzentwurfs einzutreten.

Abg. Puls kündigt einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion an und sagt zu, diesen dem Ausschuß so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuß strebt an, die Beratungen so durchzuführen, daß die zweite Lesung des Gesetzentwurfs in der September-Tagung des Landtages erfolgen kann. Der Ausschuß verständigt sich daher darauf, weitere Änderungsanträge möglichst frühzeitig vor der inhaltlichen Beratung des Innen- und Rechtsausschusses, die für den 1. September 1999 vorgesehen ist, vorzulegen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung der Hilfskasse der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und F.D.P. sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/2156

(überwiesen am 2. Juni 1999)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuß dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1216

hierzu: Umdrucke 14/1623, 14/1648, 14/1711 bis 14/1713, 14/1790,  
14/1791, 14/1841, 14/1862, 14/1878 bis, 14/1880,  
14/1885, 14/1918, 14/1938, 14/1947, 14/1986, 14/2007,  
14/2553, 14/2728, 14/3166, 14/3167, 14/3358, 14/3381,  
14/3387, 14/3434, 14/3471

(überwiesen am 18. Februar 1998)

Der Vorsitzende weist auf die Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, Umdruck 14/3387, sowie des Verbandes Deutscher Adreßbuchverleger e.V., Umdruck 14/3471, zu dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2061, hin.

Für die Fraktion der CDU kündigt der Vorsitzende die Ablehnung des Gesetzentwurfs in der nunmehr geplanten Form an. Die CDU-Fraktion halte die Auswirkungen für so gravierend, daß sie für nicht mehr vertretbar gehalten würden.

Abg. Puls legt dar, seine Fraktion habe die eingegangenen Stellungnahmen beraten, halte den Änderungsantrag dennoch aufrecht.

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung um Stellungnahme. - MR Asmussen legt dar, der Gesetzentwurf enthalte eine Kostenregelung. Unter bonitären Gesichtspunkten sei eine Belastung der Kommunen nicht zu befürchten. Vom Vorsitzenden auf eine mögliche Arbeitsbelastung der Kommunen befragt, führt MR Asmussen aus, Adreßbücher erfüllten eine bestimmte, die Kommunen entlastende Funktion.

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

1. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. wird der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesmeldegesetzes in der aus der Drucksache 14/2061 ersichtlichen Weise geändert.



2. Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den geänderten Gesetzentwurf - unter Einschluß der bereits beschlossenen Änderungen - anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Verfassungsschutzbericht**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2129

(überwiesen am 29. April 1999 vom Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Benehmen mit dem Ältestenrat gemäß § 31 Abs. 5 und 7 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages)

Auf Vorschlag des Abg. Puls empfiehlt der Ausschuß dem Landtag einstimmig Kenntnisnahme des Verfassungsschutzberichts 1998 der Landesregierung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1475

hier: Umdrucke 14/1631, 14/1637, 14/1649, 14/1682, 14/1688, 14/1690,  
14/1700, 14/2131, 14/2159 bis 14/2161, 14/2195,  
14/2196, 14/2200, 14/2201, 14/2205 - 14/2208, 14/2238 -  
14/2240, 14/2246 - 14/2248, 14/2255, 14/2270, 14/2284,  
14/2291, 14/2292, 14/2353, 14/2365, 14/2439, 14/2554,  
14/3115 (neu), 14/3173 - 14/3175, 14/3182, 14/3257,  
14/3291, 14/3310, 14/3335, 14/3357

(überwiesen am 10. Juni 1998)

Abg. Puls bringt die aus Umdruck 14/3495 ersichtlichen Änderungsanträge ein. Er führt aus, daß diese im wesentlichen den aus Umdruck 14/3115 (neu) vorgelegten Änderungsanträgen entspreche, die bereits Gegenstand einer mündlichen Anhörung gewesen seien. Die Änderungen gegenüber den Vorschlägen, die Grundlage der Anhörung gewesen seien, seien durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Abg. Schlie erinnert an die im Rahmen der Anhörung insbesondere aus dem Hochschulbereich vorgetragene Argumente und führt aus, daß er diese für nicht ausgeräumt halte. Beispielhaft nennt er die Frage der Genehmigung von Nebentätigkeiten bei Neuberufungen und die Liquidation. Er weist weiter auf den hohen bürokratischen Aufwand hin und kommt zu dem Schluß, daß sich diese Regelung als Standortnachteil für Schleswig-Holstein erweisen könnte.

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

1. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. ändert der Ausschuß den vorliegenden Gesetzentwurf, Drucksache 14/1475, in der aus Umdruck 14/3495 ersichtlichen Fassung.
2. Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den von ihm geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/697

(überwiesen am 16. Mai 1997 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den Finanzausschuß)

Abg. Kubicki erklärt, daß sich der Antrag erledigt hat, und zieht ihn insoweit zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Modernisierung der Wirtschaftsstatistik**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2114

(überwiesen am 7. Mai 1999 an den **Wirtschaftsausschuß** und den Innen- und  
Rechtsausschuß)

Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und F.D.P., den Antrag unverändert anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Berücksichtigung von Dienstführerscheinen als geldwerter Vorteil im Einkommensteuerrecht**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/2127

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2136

(überwiesen am 6. Mai 1999 an den **Finanzausschuß** und den Innen- und Rechtsausschuß)

Der Ausschuß schließt sich der Verfahrensweise des federführenden Finanzausschusses an, die Angelegenheit wieder aufzugreifen, wenn auf Bundesebene neue Entwicklungen erkennbar sind.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Schülerbeförderungskosten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1256

hierzu: Umdrucke 14/1671, 14/1678, 14/1803, 14/1804, 14/1861, 14/1868,  
14/1877, 14/1915, 14/1957, 14/2939; 14/3036

(überwiesen am 19. Februar 1998 an den **Bildungsausschuß**, den Finanzausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

Abg. Schlie beantragt Abstimmung in der Sache.

Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Antrag abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1130

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1149

hierzu: Umdrucke 14/1585, 14/3324, 14/3329, 14/3331, 14/3345,  
14/3424, 14/3451

(überwiesen am 10. Dezember 1997)

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2040

hierzu: Umdrucke 14/3232, 14/3285, 14/3324, 14/3329, 14/3331,  
14/3345, 14/3424,

(überwiesen am 24. März 1999)

Der Ausschuß verständigt sich darauf, gegenüber der Geschäftsführerin den Kreis der mündlich Anzuhörenden binnen einer Woche zu benennen.



Punkt 11 der Tagesordnung:

**Eingabe 1201-14-c**

**Änderung der Landesbauordnung; Nachbarrecht**

Schreiben des Eingabenausschusses vom 25. Mai 1999

Umdruck 14/3435 (neu)

Der Ausschuß verständigt sich auf Vorschlag des Vorsitzenden dahin, das aus der Eingabe ersichtliche Anliegen in die Beratungen zur Änderung der Landesbauordnung einzubeziehen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes  
Schleswig-Holstein (MBG Sch.-H.)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1353

(überwiesen am 25. März 1998)

Der Ausschuß verständigt sich darauf, möglichst schnell Änderungsanträge vorzulegen. Diese sollen zum Gegenstand einer schriftlichen Anhörung gemacht werden. Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführerin binnen einer Woche benannt werden. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen vorliegen sollen, wird der 20. August 1999 festgelegt.

Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Kubicki schlägt vor, den Einsatzleiter der Geschehnisse um die „Oostzee“ zu einer Sitzung einzuladen und ihn zu bitten, dem Ausschuß einen Bericht zu erstatten, so daß sich der Ausschuß ein Bild über die Geschehnisse machen kann. - Der Ausschuß erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Im folgenden diskutiert der Ausschuß kurz über einen möglichen weiteren Sitzungstermin noch vor der Sommerpause. Eine Terminierung findet angesichts der unterschiedlichen bereits bestehenden Verpflichtungen der Abgeordneten nicht statt. Der nächste reguläre Sitzungstermin ist Mittwoch, der 1. September 1999.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Heinz Maurus  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin